

**Schweiz**

Tages-Anzeiger vom 31.01.2006

**«Eine Politisierung der Justiz»****Der Staatsrechtsprofessor Walter Kälin sorgt sich über die Tendenz von Justizminister Christoph Blocher, richterliche Instanzen zu attackieren.**

Mit Walter Kälin sprach Jean-Martin Büttner

*Herr Kälin, täuscht der Eindruck, dass die Spannungen zwischen Justizminister Christoph Blocher und dem Schweizerischen Bundesgericht zunehmen?*

Nein. Seit Herr Blocher im Amt ist, gibt es diese Spannungen. Und sie haben in der letzten Zeit zugenommen.

*Muss ein Rechtsstaat solche Spannungen nicht aushalten können?*

Das hängt von der Art der Spannungen ab. Differenzen zum Management der Justiz etwa, aber auch unterschiedliche Vorstellungen zur Reform des Verfahrensrechts sollen auch in einem Rechtsstaat ausgetragen werden. Wenn sich aber der Justizminister daran macht, einzelne Urteile selbst öffentlich und unsachgemäss zu beurteilen, ist für mich die Grenze überschritten. Umso mehr, als Herr Blocher seine Kritik nicht als Politiker vorträgt, sondern als Bundesrat und sogar als Justizminister. Das erfüllt mich mit grosser Sorge. Ein Justizminister steht für Rechtsstaatlichkeit. Damit hat er eine besondere Verpflichtung, sorgsam mit der Unabhängigkeit der Justiz umzugehen.

*Christoph Blocher kritisiert ja nicht nur das Bundesgericht, sondern die Asylrekurskommission.*

Die Asylrekurskommission ist ebenfalls eine unabhängige Gerichtsinstanz und Christoph Blocher nicht ihr Chef, also gilt auch hier der Grundsatz der Gewaltentrennung.

*Wie wirkt es sich aus, wenn ausgerechnet der Justizminister diese Gewaltenteilung nicht respektiert?*

Man muss unterscheiden. Im aktuellen Fall kritisiert Herr Blocher die Bundesgerichtsentscheide über zwei Albaner, die in der Schweiz Asyl erhalten haben, obwohl sie in ihrer Heimat angeklagt worden sind. Wären sie in der Schweiz angeklagt worden, hätte Blocher die Unschuldsvermutung verletzt, also ein Grundrecht. Das war hier nicht der Fall. Dafür sehe ich die Unabhängigkeit der Justiz gefährdet. Diese ist in einem Rechtsstaat deshalb so wichtig, weil nur so die Bürgerinnen und Bürger der Justiz überhaupt vertrauen können. Wenn der Justizminister dieses Vertrauen untergräbt, richtet er damit langfristig Schaden an.

*Welchen Schaden denn?*

Wenn das Vertrauen in die Justiz nicht mehr da ist, verliert die Justiz an Autorität. Das ist für einen Rechtsstaat fatal. Denn dieser lebt davon, dass auch die Behörden an das Gesetz gebunden sind und dass die Justiz über die Anwendung des Gesetzes wacht. Wenn die Justiz aber ihre Autorität verliert, wird dadurch die Anwendung der Gesetze tangiert. Und letzten Endes auch die Autorität des Staates.

### *Was heisst das für die Richter?*

Wenn sich Richter durch solche Aussagen beeinflussen lassen, droht eine Politisierung der Justiz. Dann würden sie sich bei ihren Entscheiden nicht vom Recht leiten lassen, sondern von politischen Rücksichtnahmen. Das ist gerade in der Schweiz eine potenzielle Gefahr. Die Richter müssen sich bei uns einer Wiederwahl stellen. Einzelne könnten diesem Druck unter Umständen nachgeben, wenn sie sich mit schärfster Kritik konfrontiert sehen - die dazu noch vom Justizminister kommt.

*Im Fall der beiden Albaner argumentiert das Bundesgericht damit, diese seien in ihrer Heimat akut bedroht. Zudem gebe es Anhaltspunkte für juristische Willkür - bis hin zur Folter. Blocher sagt aber, die beiden Männer seien Kriminelle. Würde das sein Vorgehen rechtfertigen?*

Nein. Selbst Kriminelle dürfen nicht ausgeliefert werden, wenn ihre grundlegenden Menschenrechte gefährdet sind. Das Gesetz sagt das ganz klar, und die Richter sind verpflichtet, es anzuwenden.

*Die SVP und auch andere Bürgerliche haben das Bundesgericht schon früher angegriffen, als es Einbürgerungsentscheide an der Urne für diskriminierend befand.*

Es muss erlaubt sein, über eine Rechtsprechung zu diskutieren. Auch das oberste Gericht ist keine absolute, allen anderen entzogene Gewalt. Vielmehr geht es hier um eine Austarierung der Macht, um gegenseitige Kontrolle. Die Frage ist nur, wie man solche Diskussionen führt - wo die Kritik aufhört und die persönliche Diffamierung beginnt. Blocher und die SVP warfen den Bundesrichtern ja vor, rein politische Urteile zu fällen, statt sich mit den juristischen Argumenten auseinander zu setzen.

*Auch als Bundesrat hat Blocher Rechtsprofessoren öffentlich desavouiert.*

Ja, ich selbst wurde auch schon persönlich drangenommen, bei der Asylgesetzrevision im Parlament. Ich denke aber, die Demokratie muss ein Stück weit robust sein, und man muss sich auch Kritik gefallen lassen. Wir sind ja nicht die Weisen und als solche unantastbar. Auch hier muss aber interessieren, ob eine Differenz sachlich ausgetragen wird oder die Justiz beziehungsweise die Wissenschaft stellvertretend desavouiert werden soll. Wenn die Politik sich nämlich als Kraft überall durchsetzt, triumphiert am Schluss die Herrschaft der Macht. Genau gegen diese Gefahr richtet sich die Idee eines Verfassungsstaates.